



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Landtagsabgeordneten im Kreis Bautzen.....	4
Politisch motivierter Angriff auf AfD-Abgeordneten Karsten Hilse darf nicht folgenlos bleiben! .	4
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	5
Termine – Kreisverband Bautzen.....	6
Karsten Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag.....	6
Rede von Karsten Hilse am 17.3.2022 im Deutschen Bundestag.....	6
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	7
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 13.3.2022	7
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	8
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.3.2022	9
AfD-Antrag: Gendersprache in Ministerien abschaffen!	9
Kitaplatz für 290 Euro? Kinderbetreuung muss perspektivisch kostenlos werden!.....	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.3.2022	10
Impfpflicht-Chaos: Regierung riskiert medizinischen Notstand	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2022	11
Erneut AfD-Abgeordneter niedergeschlagen: Schweigen der Altparteien beweist politische Doppelmoral!.....	11
SPD-Innenministerin bläst zum Feldzug gegen gesetzestreue Bürger!	11
AfD-Anfrage: Fragwürdiges Konfuzius-Institut wird vom sächsischen Steuerzahler mitfinanziert	12
Alle Corona-Maßnahmen sofort aufheben!.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2022	14
AfD-Anfrage: Sächsisches Abschiebegefängnis steht fast leer.....	14
Bürger entlasten statt Personal aufblähen!.....	14
Neues von der Alternative für Deutschland	16



PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	16
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien	16
Wir sagen Nein zur Impfpflicht und Ja zur Impffreiheit!	16
Wir brauchen den Tag der Freiheit für Deutschland!	17
Ausnahmslose Überprüfung aller einreisenden Personen sicherstellen!.....	18
Impfpflicht für Pflegeberufe zurücknehmen!.....	18
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Bundestagsfraktion in den sozialen Medien	20
Am Donnerstag wird abgestimmt.....	20
Video-Empfehlungen	22
Fachvortrag: Impfschäden: Das zeigen Obduktionen! Prof. Dr. Arne Burkhardt im sächs. Landtag	22
Informationskanäle der AfD.....	22
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag.....	22
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.....	22
Kanal von AfD Kompakt TV	22
Wochenendpodcast der AfD.....	22
AfD im EU-Parlament	22
Meldungen aus Deutschland und der Welt	22
Ukraine: Hintergründe und Sichtweisen fernab der indoktrinierenden Massenmedien	22
Putins Rede in deutscher Übersetzung: Ukraine-Konflikt läutet Ende der Vorherrschaft des Westens ein	22
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	23
Informationen zum Coronavirus	23
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	23
Braucht Deutschland noch die Maskenpflicht?	23
Corona-Infos für Sachsen	23
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	23
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	23
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	23
Nachrichten aus der Kategorie „Bereicherung“	23
Kein 3-Sterne-Hotel: Flüchtlinge protestieren gegen Unterbringung	23
Fakten in Bildern	24



Achtung Satire!	25
Kommunalmandate im KV Bautzen	26
PRESSE-ARCHIV	26
SPENDENKONTO	26
KONTAKT:.....	26



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Landtagsabgeordneten im Kreis Bautzen

Politisch motivierter Angriff auf AfD-Abgeordneten Karsten Hilse darf nicht folgenlos bleiben!

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen erklärt:

"Der feige Angriff auf unseren Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse erschüttert mich und zeigt, mit welcher Skrupellosigkeit offenbar Linke auf politisch Andersdenkende einschlagen. Einmal mehr wird deutlich, dass wir in Bautzen ein Problem mit linken Gewalttätern haben. Das darf nicht länger ignoriert und toleriert werden. Ich erwarte, dass alle Parteien diesen Angriff öffentlich verurteilen.

Neben der schnellen Aufklärung des Angriffs auf einen demokratisch gewählten Volksvertreter fordere ich:

1. das alle Gelder für sogenannte "Demokratieprojekte" im Landkreis Bautzen und in der Stadt Bautzen gestrichen werden
2. Infostände aller Parteien durch Polizeibeamte gesichert werden
3. das alle Kandidaten der kommenden Bürgermeister- und Landratswahl im Wahlkampf Polizeischutz erhalten
4. das alle Mandatsträger, auch der AfD, an allen Bildungseinrichtungen im Landkreis Bautzen über ihre parlamentarische Arbeit und ereignete Angriffe berichten dürfen

Die Gewalt gegen den AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist absolut inakzeptabel und wird meinerseits auf das Schärfste verurteilt. Gerade vor dem Hintergrund, dass Angriffe gegen die AfD deutschlandweit zugenommen haben."

Quelle: [Polizei Sachsen - Polizeidirektion Görlitz - Körperverletzung in der Innenstadt – PTAZ des LKA ermittelt](#)

[Deutschland: Angriffe auf AfD-Mitglieder und Grüne haben weiter zugenommen - DER SPIEGEL](#)

Frank Peschel, MdL
14.3.2022



Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

<http://www.afdbautzen.de/>
<https://www.facebook.com/AfD.KV.Bautzen/>
<https://afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/>

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
<https://t.me/karstenhilsepolitiker>
<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/>
https://www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

<https://frankpeschel.de/>
<https://t.me/frankpeschel>
<https://www.facebook.com/frankpeschel.de>

Timo Schreyer, MdL

<https://www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD>

Doreen Schwietzer, MdL

<https://www.facebook.com/SchwietzerMdL>

Regionalgruppe Bautzen

<https://www.facebook.com/AfDstadtbautzen/>
<https://www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/>

AfD Oberlausitz/Oberland

<https://www.facebook.com/AfDOberlausitz>
https://www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
<https://t.me/oliverhelbing>
<https://www.afd-cunewalde.de/>

Regionalgruppe Bischofswerda

<https://www.facebook.com/afd.bischofswerda>

Regionalgruppe Hoyerswerda

<https://www.facebook.com/AfD-Hoyerswerda-910992965679861>

Regionalgruppe Kamenz

<https://www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004>
<https://afd-stadtrat-pulsnitz.de/>

Regionalgruppe Königsbrück

<https://www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck>

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

<https://www.facebook.com/groups/465255757689215/>



Termine – Kreisverband Bautzen

Di	29.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	30.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	31.03.22	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Fr	01.04.22	13.00-16.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Karsten Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Rede von Karsten Hilse am 17.3.2022 im Deutschen Bundestag

<https://www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/videos/3210211605968370>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 13.3.2022

Liebe Freunde, liebe Leser,

in wenigen Tagen tritt die Impfpflicht für Pflege- und Gesundheitsberufe in Kraft. Damit einher geht eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalige Diskriminierung einer bestimmten Berufsgruppe.

Viele Pflegekräfte werden mit der auf sie zugeschnittenen Impfpflicht erneut als „Esel der Nation“ behandelt. Dabei sind sie Alltagshelden! Sie sind überdurchschnittlich hohen mentalen und körperlichen Belastungen ausgesetzt, verdienen schlecht und müssen vielfach ihren Beruf vorzeitig aufgeben, weil er so anstrengend ist.



Wo bleibt die Würdigung für diese Leistungsbereitschaft? Und wo bleibt die unbürokratische Unterstützung seitens der Regierung, die es bei Pflichtbesuchen in Altenheimen für Fotojournalisten belässt?

Dass nicht an die Probleme der Pflegekräfte gedacht wird, zeigt auch ein aktueller Hilferuf des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB). Er teilte vor wenigen Tagen mit, es bräuchte „ganz klare Signale der Politik“, um ambulante Pflegedienste zu entlasten, die von Haus zu Haus fahren müssen und durch die explodierenden Spritpreise in die tiefrote Verlustzone gerutscht sind.

Damit sich diese Pflegedienste finanziell zumindest einigermaßen über Wasser halten können, gibt es in anderen Bundesländern Wegpauschalen. Zudem fordert der ASB Rabatte an Tankstellen für soziale Dienstleister. Anscheinend haben aber weder Sozialministerin Petra Köpping (SPD) noch Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) dieses Problem auch nur auf dem Schirm.

In Sachsen gab es im Dezember 2019 insgesamt 250.812 Pflegebedürftige. Aktuellere Zahlen liegen der Regierung nicht vor, fand eine Kleine Anfrage meiner geschätzten Kollegin Doreen Schwietzer (Drs. 7/9203) heraus. Die Antwort auf die Anfrage legt allerdings nahe, dass es pro Jahr mindestens zehn Prozent mehr werden. Wir könnten also die Schwelle von 300.000 bereits erreicht haben – und das bei vier Millionen Einwohnern.



Die Herausforderungen in der Pflege sind vor diesem Hintergrund gigantisch. Wir sollten froh sein über jeden Schüler, der eine Ausbildung als Alten- oder Gesundheits- und Krankenpfleger beginnt.

Ebenso sind wir fest davon überzeugt, dass eine menschenwürdige Betreuung von Senioren nur möglich ist, wenn wir es Familienangehörigen erleichtern, diese Aufgabe zu übernehmen.

Daher setzt sich die AfD in Sachsen seit Jahren für ein Landespflegefördergeld ein. Wer seine Eltern oder Großeltern in den eigenen vier Wänden pflegt, sollte dafür einen angemessenen finanziellen Beitrag vom Staat bekommen. Eine Besserstellung der Angehörigen wäre im Endeffekt übrigens deutlich günstiger als der kostenintensive Ausbau stationärer Einrichtungen. Trotzdem lehnten die Altparteien unseren Vorschlag wiederholt im Sächsischen Landtag ab.

Liebe Freunde, liebe Leser, der deutsche Sozialstaat ist nicht sozial. Er betreibt vielmehr eine routinemäßige Verwaltung von Menschen. Nach dieser Vorstellung ist es legitim, Pflegekräfte zur Impfung zu zwingen. Sie sollen schließlich nur funktionieren und entsprechend gehorchen.

Bei den Pflegebedürftigen gilt indes leider die Maxime: Hauptsache, irgendwo irgendwie untergebracht und betreut! „Satt und sauber“ reicht dafür. Die liebevolle, individuelle Zuwendung bleibt derweil auf der Strecke.

Um den Sozialstaat sozial zu machen, müssen wir somit das Zusammenleben in den Mittelpunkt stellen. Sozial ist, die persönlichen Bindungen zwischen Menschen zu intensivieren, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und jenen Anerkennung zu zollen, die sich jenseits des Profitgedankens selbstlos für andere einsetzen.

Solidarität ist deshalb nicht nur eine Frage des Geldes. Es geht tatsächlich um „Respekt“. Bundeskanzler Olaf Scholz plakatierte im zurückliegenden Bundestagswahlkampf den Werbespruch „Respekt für dich“ (sic!).

Hier hat sich nicht nur ein Fehler in die Grammatik eingeschlichen. Inhaltlich ist auch eine Präzisierung nötig: Es geht um Respekt vor Pflegekräften, die für sich persönlich entschieden haben, keine Corona-Impfung zu benötigen. Und es geht um Respekt vor den „Alten“, weil sie mit ihrer Lebensleistung unseren heutigen Wohlstand erst ermöglicht haben.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/4934153229987489/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.3.2022

AfD-Antrag: Gendersprache in Ministerien abschaffen!

Mehrere sächsische Ministerien, auch unter der Leitung der CDU, nutzen weiter die umstrittene Gendersprache. Dabei hatte sich die CDU-Fraktion mit einem Positionspapier im letzten Sommer gegen diese Praxis ausgesprochen. Mit einem aktuellen Antrag fordern wir nun die CDU auf, den leeren Worten endlich Taten folgen zu lassen (7/9343).

Thomas Kirste, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Unter CDU-Kulturministerin Klepsch wird weiter fröhlich gegendert. So spricht z.B. ihr Ministerium von ‚Mitarbeiter*innen‘ und das Landesamt für Museumswesen von ‚Erb*innen‘ oder ‚Nachlasshalter*innen‘. Am Schlimmsten treiben es die Staatlichen Kunstsammlungen: Hier werden sogar historische Kunstwerke rücksichtslos umbenannt. Jetzt können die Besucher ‚Schausteller*innen mit Pferdewagen und Bär auf der Rast‘ bewundern.



Auch der CDU-Staatskanzlei ist es offenbar nicht peinlich, eine ‚Schüler*innenfibel‘ zu vertreiben. Bei der Gendersprache wird deutlich, wer eigentlich das Sagen in der sächsischen Regierung hat. Die Grünen führen hier die CDU am Nasenring durch die Manege. Mit unserem Antrag wollen wir diese fatale Dynamik unterbrechen und die Verunstaltung unserer Sprache beenden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-gendersprache-in-ministerien-abschaffen/>

Kitaplatz für 290 Euro? Kinderbetreuung muss perspektivisch kostenlos werden!

Kitaplätze kosteten in den sächsischen Landkreisen durchschnittlich bis zu 240 Euro pro Kind. Spitzenreiter war der Landkreis Sächsische Schweiz/ Osterzgebirge, ergab die AfD-Anfrage (7/9105). So müssen Eltern in Tharandt für das erste Kind bereits 290 Euro bezahlen und in Kriebstein 267 Euro (7/8049).



Dr. Rolf Weigand, bildungspolitischer Sprecher, erklärt dazu:

„Kinder dürfen keine finanzielle Belastung für Familien sein. Diese familienfeindliche Politik lehnen wir ab. Paare müssen sich wieder für Kinder entscheiden können, ohne ständige Furcht vor dem finanziellen Risiko. Deshalb fordern wir perspektivisch die Abschaffung der Kita-Beiträge in Sachsen, so wie es in vielen anderen Bundesländern bereits längst Praxis ist.

In einem ersten Schritt wollen wir ein kostenfreies Vorschuljahr einführen (7/6509) sowie die Elternbeiträge auf 15 Prozent der Gesamtkosten deckeln. Der Freistaat muss dafür die Kosten übernehmen und darf die Kommunen nicht weiter finanziell belasten.



Bei der Kinderbetreuung wollen wir den Eltern eine echte Wahlmöglichkeit geben. Deshalb soll auch das Landeserziehungsgeld deutlich erhöht werden für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen wollen (7/7432).“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kitaplatz-fuer-290-euro-kinderbetreuung-muss-perspektivisch-kostenlos-werden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.3.2022

Impfpflicht-Chaos: Regierung riskiert medizinischen Notstand

Ab heute gilt die Impfpflicht in der Gesundheitsversorgung und der Seniorenpflege. Nun werden alle 100.000 ungeimpften Ärzte und Pflegekräfte in Sachsen überprüft, ob sie gekündigt oder weiterbeschäftigt werden.

[Frank Schaufel](#), gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Es ist unverantwortlich, wie die Landesregierung weiter an der Impfpflicht festhält. Sie riskiert damit bewusst einen Notstand in unserer medizinischen Versorgung. Viele Pflegekräfte denken schon länger über den Wechsel in einen weniger anstrengenden Beruf nach. Durch die unsichere Situation und die andauernde Diskriminierung von Ungeimpften besteht die Gefahr, dass sich etliche Fachkräfte eine neue Arbeit suchen.“

Diese Entwicklung ist besonders fatal vor dem Hintergrund, dass die Impfpflicht nicht einmal ihre propagierten Ziele erreicht. Selbst das RKI gibt mittlerweile zu, dass auch geimpfte Pflegekräfte das Virus an ihre Patienten weitergeben können und die umstrittenen Impfstoffe keinen Fremdschutz bieten.

Durch die Überprüfung jedes einzelnen Ungeimpften kommt nun zusätzlich ein riesiges Chaos auf die Gesundheitsämter zu. Selbst die Freie Presse musste deshalb aktuell zugeben: Die derzeitige Corona-Strategie ist undurchdacht und unlogisch.

Weiterhin muss man auch bedenken, dass gerade jetzt Millionen von Bürgern mit zweifacher Impfung Ihren Impfstatus verlieren und wieder als Ungeimpfte gelten. Aufgrund der Tatsache, dass die Boosterung mit einem nicht angepassten Impfstoff erfolgen soll, kommen immer mehr Menschen zu der Erkenntnis, dass hier ein erhebliches Impfstoffversagen vorliegt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/impfpflicht-chaos-regierung-riskiert-medizinischen-notstand/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.3.2022

Erneut AfD-Abgeordneter niedergeschlagen: Schweigen der Altparteien beweist politische Doppelmoral!

Erneut wurde jetzt ein AfD-Politiker an einem Infostand aus politischen Gründen angegriffen und zweimal kurz hintereinander niedergeschlagen. Dieses Mal betraf es den



Bundestagsabgeordneten [Karsten Hilse](#) aus Bautzen. In der Vergangenheit wurden in Sachsen bereits der Landtagsabgeordnete Dr. Joachim Keiler in Dresden am Infostand geschlagen und auch die Dresdner Ratsfrau der AfD, Dr. Silke Schöps, wurde am Infostand von Linksextremisten attackiert.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Generalsekretär, [Jan Zwerg](#) :

„Es wäre Aufgabe demokratischer Politiker, nun ihre Stimme gegen die zunehmende Gewalt politisch Andersdenkenden gegenüber zu erheben. Aber ich höre und lese nichts!

Schweigen im Walde!

Während im Fall von Sozialministerin Köpping, die wohlgermerkt nicht angegriffen wurde, ein medialer Sturm der Entrüstung durch Funk und Fernsehen rauschte und sich bis zum letzten Hinterbänkler Politiker aller Couleur vor Entrüstung kaum noch einkriegten, wird in diesem Fall brutale Gewalt totgeschwiegen. Das ist politische Doppelmoral.

Ich wünsche meinem Kollegen Karsten Hilse gute Besserung. Er wurde bei dem Angriff leicht verletzt – und ich wünsche mir im Namen der sächsischen AfD, dass linke Gewalttäter endlich in dem Maße verfolgt und angeklagt werden, wie es in einem funktionierendem Rechtsstaat Usus sein sollte.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/4647862268676254/>

SPD-Innenministerin bläst zum Feldzug gegen gesetzestreue Bürger!

Nur einen Tag, nachdem ihr Bundestagskollege, Karsten Hilse, von mutmaßlichen Linksextremisten kurz nacheinander zweimal niedergeschlagen wurde, bläst Innenministerin Faeser (SPD) nicht zum Kampf gegen Extremismus jeglicher Couleur, sondern gegen alle und alles, was nach ihrem Verständnis „rechts“ ist.

„Diese Innenministerin hat ja bereits bewiesen wo sie politisch steht, indem sie Artikel in linksextremistischen Gazetten veröffentlichte“, sagt dazu der sächsische AfD-Generalsekretär, Jan Zwerg: „Der Verlag steht der DKP nahe





und strebt den revolutionären Bruch mit ‚kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen‘ an. Deshalb wird die Vereinigung auch vom Verfassungsschutz beobachtet, und zwar auch vom Bundesamt, über das diese Innenministerin die Fachaufsicht führt.“

Nun soll es, wenn es nach der SPD-Politikerin und ihrem Untergebenen, Verfassungsschutz-Chef Haldenwang geht, ein regelrechter Feldzug gegen Beamte geführt werden, die sich in der parlamentarischen Opposition betätigen. Ein Klima der Angst soll geschaffen werden, um seelenruhig den noch bestehenden Rechtsstaat zu einem Linksstaat umbauen zu können.

Gesetzestreue Jäger sollen um ihre Waffenbesitzkarte bangen. Wenn sie sich nicht zu 100 Prozent der herrschenden Regierungsdoktrin unterwerfen, droht ihnen laut Frau Faeser der Entzug der Waffenerlaubnis.

Des Weiteren wird die Meinungsfreiheit weiter eingeschränkt. So soll laut Innenministerin die ‚Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation‘ gestärkt werden. Verschwurbelter kann man nicht ausdrücken, dass das ein weiterer Schritt hin zur Zensur ist.

Derweil marodieren deutschlandweit und längst auch in Sachsen Linksextremisten. Sie zünden Baugeräte an, suchen unliebsame Investoren zu Hause heim, um sie niederzuschlagen oder zertrümmern mit dem Hammer die Beine von erklärten Feinden, indem sie sich zuvor als Polizei uniformiert Zugang zur Wohnung erschleichen. Auch dutzende Angriffe auf Polizeiwachen oder Häuser von AfD-Politikern scheint die Innenministerin nicht zu interessieren.

In einer funktionierenden Demokratie hätte es nach diesem Entdemokratisierungs-Papier der Innenministerin einen lauten Aufschrei, wenigstens von CDU und FDP, geben müssen. Den gab es aber nicht und wird es wohl auch nicht geben. Beide Parteien arbeiten inzwischen eng mit dem linken Lager zusammen.

Es bleibt Aufgabe der AfD, sich auch weiterhin für den Schutz des Grundgesetzes einzusetzen. Diese Regierung wird am Widerstand der demokratischen Bürger scheitern. Die AfD wird dabei helfen, den Rechtsstaat vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen.“

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/4650657218396759/>

AfD-Anfrage: Fragwürdiges Konfuzius-Institut wird vom sächsischen Steuerzahler mitfinanziert

Die Kosten für das chinesische Konfuzius-Institut in Leipzig finanziert der sächsische Steuerzahler mit. Laut AfD-Anfrage überweist die Universität Leipzig jedes Jahr 57.000 Euro für Miet-, Betriebs- und Personalkosten (7/9279).

[Thomas Kirste](#), kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„Die Konfuzius-Institute unterstehen der Propaganda-Abteilung der chinesischen kommunistischen Partei. Es gibt eine direkte Einflussnahme des chinesischen Regimes auf Lehrveranstaltungen und Personal. Zudem sind bereits viele Fälle von Spionage bekannt geworden.

Deshalb beendeten die USA, Kanada und Schweden jegliche Kooperation mit den Konfuzius-Instituten. Auch in Deutschland stellten die Universitäten in Hamburg und Düsseldorf die



Zusammenarbeit bereits ein. Dieses Vorgehen erwarte ich nun auch von CDU-Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow. Es ist dem sächsischen Steuerzahler nicht zu vermitteln, warum er chinesische Staatspropaganda finanzieren soll.“

Anfrage: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=9279&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined
<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-fragwuerdiges-konfuzius-institut-wird-vom-saechsischen-steuerzahler-mitfinanziert/>

Alle Corona-Maßnahmen sofort aufheben!

Zur Verlängerung des Corona-Regelwerks in Sachsen bis zum 2. April erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):



„Vor einem Monat wurde den Sachsen versprochen, alle tiefgreifenden Corona-Maßnahmen zum 20. März aufzuheben. Der arg gebeutelten Gastronomie und Tourismus-Branche wollte man damit frühzeitig Planungssicherheit geben. Leider zeigt sich nun, dass diese Ankündigungen abermals in einem Wortbruch endeten.

Dabei ließe es die entspannte Situation auf den Intensivstationen längst zu, alle Maßnahmen ersatzlos zu streichen und eine neue Phase der Eigenverantwortlichkeit einzuläuten. Statt die Menschen zu bevormunden, sollten wir den mündigen Bürgern Vertrauen schenken.

Nach zwei langen Jahren ist nun wirklich jeder in der Lage, das von Corona ausgehende Risiko für sich selbst richtig einzuordnen und eigenständig über sinnvolle Schutzvorkehrungen zu entscheiden. Die AfD spricht sich deshalb weiter für ein sofortiges Ende aller Corona-Maßnahmen aus!“

Hintergrund: AfD-Antrag ([Drs. 7/9227](#)): Corona-Maßnahmen beenden – Normalzustand sofort und vollständig wiederherstellen

<https://afd-fraktion-sachsen.de/alle-corona-massnahmen-sofort-aufheben/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.3.2022

AfD-Anfrage: Sächsisches Abschiebegefängnis steht fast leer

Die 24 Plätze in der sächsischen Abschiebehaft waren durchschnittlich nur zu 15 Prozent belegt und die 34 Plätze im Ausreisegewahrsam sogar nur zu einem Prozent. Das ergab die AfD-Anfrage (7/9184). Gleichzeitig scheiterte jede dritte Abschiebung von nordafrikanischen Asylbewerbern, weil „kein Zugriff“ auf die Ausreisepflichtigen erfolgen konnte.



Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:

„In Sachsen leben fast 15.000 ausreisepflichtige Ausländer. Das extra neugebaute Abschiebegefängnis in Dresden müsste also eigentlich aus allen Nähten platzen. Es ist von daher skandalös, wie die CDU-geführte Landesregierung ihre rechtsstaatlichen Aufgaben ignoriert und die Haftanstalt einfach leer stehen lässt. Zumal Abschiebetermine häufig durchgestochen werden.“

Dazu kommt, dass die ausreisepflichtigen Wirtschaftsmigranten geradezu von der Regierung animiert werden, in Sachsen zu bleiben. Statt die illegalen Einwanderer mit Sachleistungen zu versorgen, erhalten auch die Ausreisepflichtigen weiter reichlich Bargeld und zum Teil sogar eine Wohnung. So geht niemand freiwillig in seine alte Heimat zurück.“

Hintergrund:

Von den insgesamt 103 Ausreisepflichtigen im Abschiebegefängnis waren 74 aus Sachsen und 29 aus anderen Bundesländern.

Anfrage: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=9184&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined
<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-saechsisches-abschiebegefangaengnis-steht-fast-leer/>

Bürger entlasten statt Personal aufblähen!

Laut Informationen der „Sächsischen Zeitung“ fehlen der schwarz-grün-roten Landesregierung acht Milliarden Euro, um ihre Vorhaben für 2023 und 2024 umsetzen zu können. Unter anderem liegt das an 6.800 Stellen, die neu geschaffen werden sollen. Fast 1.000 davon entfallen auf Landesämter und die Verwaltung.

Dazu erklärt André Barth, haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

„Während die meisten Bürger in Sachsen den Gürtel enger schnallen müssen, will die Regierung weiter auf großem Fuße





leben. Bei ihren Plänen schimmert erneut eine egoistische Selbstbedienungsmentalität durch, die inakzeptabel ist.

Natürlich braucht Sachsen zusätzliche Lehrer und Polizisten. Neue Stellen in der Verwaltung und zur Digitalisierung sehen wir hingegen kritisch. In der Vergangenheit zeigte sich, dass auf diese Weise vielfach parteinahe Funktionäre einen Versorgungsposten erhielten. Das Ziel der Digitalisierung muss zudem sein, Arbeitsprozesse zu vereinfachen, Kosten zu minimieren und letztendlich Personal einsparen zu können.

Nicht nur beim Personal sollte indes der Rotstift angesetzt werden. Es gibt unzählige Landesprogramme, die reine Steuergeldverschwendung sind. Würde die Regierung diese Programme auf den Prüfstand stellen, hätte sie Spielraum zur bitternotigen Entlastung der fleißigen Sachsen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/buerger-entlasten-statt-personal-aufblaehen/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Wir sagen Nein zur Impfpflicht und Ja zur Impffreiheit!

Am 17.3.2022 hat der Deutsche Bundestag erstmals über die drohende Impfpflicht für alle debattiert. Vertreter der Regierungsparteien, darunter Bundeskanzler Scholz und Bundesgesundheitsminister Lauterbach, brachten einen Gesetzentwurf ein, der nur so von Verdrehung und Leugnung der Realität strotzt.

Sie behaupten darin etwa, die Gefährdung durch die Omikron-Variante sei sehr hoch, obwohl die Gefahr durch Omikron tatsächlich sehr viel geringer ist als durch die Varianten zuvor. Sie behaupten, die Impfstoffe seien gut verträglich, sicher und hoch wirksam. Dabei übersteigen die gemeldeten Nebenwirkungen in nur einem Jahr die gemeldeten Nebenwirkungen aller herkömmlichen Impfstoffe im gesamten Zeitraum um ein Vielfaches. Die Schutzwirkung aber ist mangelhaft, gemessen an den Versprechungen.



Die Impfstoffe immunisieren nicht vollständig, sie bieten daher keinen Fremdschutz. Ihre Wirkung verfliegt nach wenigen Monaten, daher kommen sie in Verbindung mit einem Booster-Abo, bei dem viele Experten negative Auswirkungen auf die Immunabwehr befürchten. Laut Einschätzung namhafter Experten wird Corona mit der Omikron-Variante zu einer endemischen Erkrankung, saisonal wiederkehrend und harmlos wie eine leichte bis mittlere Grippe. Ein Booster-Zwangsabo ist unzumutbar!

Im debattierten Gesetzentwurf spielen Kanzler Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach die Bürger gegeneinander aus und spalten die Gesellschaft. Sie behaupten, die Durchimpfung mache die bisherigen Freiheitseinschränkungen überflüssig. Dabei stecken auch Geimpfte sich und andere an, auch Geimpfte mussten in der Vergangenheit bei 2G+ mit negativen Tests ihre Gesundheit nachweisen. Lauterbach behauptete in seiner Rede sogar, Deutschland werde von



den Ungeimpften „in Geiselhaft“ genommen. Ich lehne diese Spaltung der Gesellschaft ab. Niemand darf zum Sündenbock erklärt werden, nur weil er sich nicht impfen lassen will!

Unsere Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung in einem eigenen Antrag dazu aufgefordert, von der allgemeinen Impfpflicht Abschied zu nehmen und die Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal aufzuheben. Die Bürger dürfen nicht unter Androhung horrender Bußgelder zur Impfung gezwungen werden. Ob man sich impfen lassen will oder nicht, muss eine freie und persönliche Entscheidung bleiben!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/2734027800238809/>

Wir brauchen den Tag der Freiheit für Deutschland!



Bundesgesundheitsminister Lauterbach verweigert den Bürgern den Tag der Freiheit. Dabei hätten alle Corona-Maßnahmen eigentlich am 20. März auslaufen sollen. Der Minister fordert die Länder sogar dazu auf, viele Freiheitseinschränkungen aufrechtzuerhalten. Die Grundlage dazu soll eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes bieten, die ab April einen sog. Basisschutz und noch härtere Maßnahmen für sog. Hotspots ermöglicht.

Die Kriterien dafür, was ein Hotspot sein soll, sind nicht klar definiert. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Regierungspolitiker wie Lauterbach wieder Panik vor angeblich hoch gefährlichen Virusvarianten schüren. Wie bei Omikron mögen sich diese Varianten später als eher harmlos entpuppen. Die Freiheitseinschränkungen sind im Nachhinein aber nicht mehr rückgängig zu machen, die wirtschaftlichen und seelischen Schäden kaum zu beheben.

Die Bundesregierung hat noch nicht einmal die Maßnahmen der vergangenen zwei Jahre auf ihre Wirksamkeit hin evaluieren lassen. Epidemiologen der renommierten Stanford-Universität bezweifeln anhand von Studien schon lange, dass freiheitsbeschränkende Maßnahmen dazu geeignet sind, das Infektionsgeschehen zu unterbinden. Die Bundesregierung schränkt auf gut Glück fundamentale Freiheitsrechte ein, fast wirkt es, als wäre die Freiheitseinschränkung ein Selbstzweck.

Unsere Bundestagsfraktion fordert die Aufhebung aller Maßnahmen und die Rückkehr zur Normalität! Wir haben heute dazu aufgefordert, sämtliche unnötigen Schutzmaßnahmen aufzuheben und den Tag der Freiheit einzuläuten. In einem weiteren Antrag forderten wir, sämtliche Corona-Maßnahmen für Kinder zu beenden – Tests, Maskenpflicht und Ausgrenzung durch G-Regeln. Die überzogenen Corona-Maßnahmen drohen unsere Kinder fürs Leben zu schädigen und traumatisieren. Damit muss endlich Schluss sein. Wir müssen zurück zur Normalität!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/2733474660294123/>



Ausnahmslose Überprüfung aller einreisenden Personen sicherstellen!

Die Bundespolizei warnt vor unkontrollierter Einwanderung Nicht-Asylberechtigter im Schlepptau tatsächlicher Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, Berliner Kriminalbeamte werfen der Verwaltung in der Hauptstadt ideologische Amtsführung vor.



Die Warnung der Polizei in Berlin ist eindringlich: Die Haltung der Sozialverwaltung wird zum Sicherheitsrisiko. Dort lehnt man es inzwischen ab, die ankommenden Personen über das ID-Verfahren einer nur wenige Minuten dauernden Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Diese Verweigerungshaltung sorgt dafür, dass keinerlei Erkenntnisse mehr über die einreisenden, mutmaßlichen Kriegsflüchtlinge gewonnen werden können. In einem Brandbrief kritisiert die größte Interessenvertretung von Kriminalbeamten in Deutschland die Berliner Verwaltung dafür scharf. In dem Schreiben heißt es: "Es mangelt an Organisation und Koordination."

Das ist in der Hauptstadt und im Bund nichts Neues. Durch die unkontrollierte Einwanderung strömen im Schlepptau tatsächlicher Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auch Migranten aus dem Maghreb und Afrika ins Land, die meist angeben, ihren Pass verloren zu haben oder in der Ukraine zu studieren. Diese unkontrollierte Einwanderung stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar, dessen Tragweite in den kommenden Monaten ersichtlich werden wird. Hiervor verschließen die Berliner Behörden verantwortungslos die Augen. Man verfolgt die ideologische Agenda des rot-rot-grünen Senats ohne Rücksicht auf Verluste und ruft im Falle der Überforderung einfach den Katastrophenfall aus. Das ist die Blaupause für die Ampel, die mit Faesers Aussagen keinen Zweifel daran lässt, dass nach 2015 ein neuer Kontrollverlust ansteht.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/5328593460485179/>

Impfpflicht für Pflegeberufe zurücknehmen!

Am 16.3.2022 tritt die Impfpflicht für Berufe im Bereich der Pflege und Medizin in Kraft. Bei Verstößen ist mit Geldbußen von 2.500 Euro zu rechnen. Viele Pflegekräfte haben bereits ihre Arbeit aufgegeben oder den Entschluss dazu gefasst. In Sachsen sind zum Beispiel mehr als dreimal so viele Beschäftigte arbeitssuchend wie im Vorjahr.

Die Alternative für Deutschland lehnt die allgemeine und die einrichtungsbezogene Impfpflicht ab. Die Pflegekräfte leisten unter teils widrigen Bedingungen eine wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft. Dafür haben sie Respekt und keine Schikane verdient. Sie dürfen nicht als





Versuchskaninchen für den Probelauf zur allgemeinen Impfpflicht missbraucht werden. Im Pflegebereich herrscht sowieso schon Personalnotstand, durch die Impfpflicht wird er noch verschärft.

Sachsens Sozialministerin Petra Köpping (SPD) will abwarten, wie sich angesichts der niedrigen Impfquote beim Personal in sächsischen Pflegeheimen und Krankenhäusern die Sicherheit der Versorgung von Patienten nun nach Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht entwickelt. Ist die Versorgungssicherheit gefährdet, solle kein Betretungsverbot für ungeimpfte Mitarbeiter verhängt werden.

Diese Politik bedeutet, mit der Gesundheit und dem Leben der Patienten zu spielen. Ich lehne sie daher für Sachsen und alle anderen Länder ab. Die Bundesregierung darf nicht warten, bis in den Ländern die Versorgungssicherheit in Gefahr ist. Sie muss die Teilimpfpflicht sofort wieder zurücknehmen und die Pläne für eine allgemeine Impfpflicht begraben!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1758788034429462/2732543503720572/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Bundestagsfraktion in den sozialen Medien

Am Donnerstag wird abgestimmt

Eigentlich sollte man meinen, dass die Frage einer Impfpflicht mittlerweile endgültig vom Tisch ist, auch aus medizinischer Sicht. Juristisch war sie ja zu keinem Zeitpunkt begründbar. Wie weit sich aber die Altparteien nicht nur, aber vor allem bei diesem Thema von der Realität entfernt haben, sieht man an der Tagesordnung des Bundestages für diese Woche.

An diesem Donnerstag wird sich zeigen, wie groß der Respekt des Bundestages vor den Grundrechten der deutschen Bürger, des Souveräns, noch ist. Zwei Gesetzesentwürfe und drei Anträge liegen unter dem Tagesordnungspunkt „Impfpflicht gegen SARS-CoV-2“ vor:

Zum einen der Antrag meiner Fraktion, alle Überlegungen zu einer Impfpflicht zu verwerfen und darüber hinaus auch die bereits ab morgen geltende Impfpflicht für Gesundheits- und Pflegepersonal wieder zurückzunehmen. Hinter diesem Antrag steht die gesamte AfD-Fraktion. Wir halten diese Impfpflicht sowohl aus medizinischer, wie auch rechtlicher Sicht für unangemessen, verfassungswidrig und für manche Bürger wohl sogar gefährlicher als das Risiko durch das Virus selbst.

Dann gibt es einen Antrag der Unionsfraktion, der noch nicht vorliegt, der aber, geht man nach den inhaltlichen Ankündigungen, wohl beinhaltet wird, dass alle praktischen Vorbereitungen für eine Impfpflicht getroffen werden, die dann im Herbst schnell eingeführt werden kann.





Ehrlicher aber eben unmittelbar verfassungswidrig sind da die beiden Gesetzesentwürfe von Abgeordnetengruppen aus SPD, Grünen, FDP und Linken, die eine Impfpflicht ab 18 bzw. ab 50 Jahren vorsehen, die ab 1. Oktober bzw. 15. September 2022 gelten sollen.

Und dann gibt es noch einen Antrag, der vor allem von FDP- und Linken-Abgeordneten getragen wird, der sich zwar gegen eine Impfpflicht ausspricht, aber stattdessen durch weitere 2G-Maßnahmen, Werbespots und niedrigschwellige Beratungs- und Impfangebote die „freiwillige“ Impfbereitschaft erhöhen will.

Ich weiß nicht, was am Donnerstag passieren wird, welche Absprachen im Vorfeld getroffen werden und was am Ende dabei herauskommt. Wenn wir Glück haben, findet keiner der anderen Anträge und Gesetzesentwürfe eine Mehrheit und das Thema wird bis auf weiteres abgehakt. In diesem Fall könnten die Impfpapologeten in gespielter Zerknirschung behaupten, sie hätten es ja versucht und müssten nicht zugeben, dass die AfD Recht hatte.

Alle anderen Ergebnisse – außer natürlich eine Mehrheit für unseren Antrag – wären aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht akzeptabel und werden von uns selbstverständlich sowohl politisch als auch juristisch bekämpft werden. Denn auch der Antrag der Gruppe um Kubicki beinhaltet mit dem Plan, 2G-Maßnahmen zur Erhöhung der Impfbereitschaft fortzuführen, eine verfassungswidrige Komponente.

Die Impfentscheidung muss frei bleiben und auch das „Nudging“ durch 2G und 3G-Freiheitsbeschränkungen muss enden, da mittlerweile ja sogar amtlich feststeht, dass die Impfung nicht vor der Weitergabe des Virus schützt.

Die Nebenwirkungen der vorhandenen Impfstoffe müssen endlich ehrlich aufgearbeitet werden. Daten dazu liegen bei den Krankenkassen vor, [wie der daraufhin fristlos gekündigte Vorstand der BKK ProVita öffentlich zugegeben hat](#). Betroffene müssen entschädigt und ggf. müssen die Zulassungen der Impfstoffe zurückgezogen werden.

Das ist der Staat seinen Bürgern schuldig.

<https://thomas-seitz.net/am-donnerstag-wird-abgestimmt/>



Video-Empfehlungen

Fachvortrag: Impfschäden: Das zeigen Obduktionen! Prof. Dr. Arne Burkhardt im sächs. Landtag

<https://www.youtube.com/watch?v=FsbK6FW2W58>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Meldungen aus Deutschland und der Welt

Ukraine: Hintergründe und Sichtweisen fernab der indoktrinierenden Massenmedien

Putins Rede in deutscher Übersetzung: Ukraine-Konflikt läutet Ende der Vorherrschaft des Westens ein

<https://de.rt.com/russland/133989-putins-rede-in-deutscher-ubersetzung-westliche-dominanz-vorbei/>



Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Braucht Deutschland noch die Maskenpflicht?

<https://www.rnd.de/gesundheit/corona-faellt-die-maskenpflicht-in-deutschland-nach-dem-freedom-day-3LBPMEXDHVDM3N6JFOH26U5QBQ.html>

Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-gkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Nachrichten aus der Kategorie „Bereicherung“ ...

Kein 3-Sterne-Hotel: Flüchtlinge protestieren gegen Unterbringung

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/fluechtlinge-miesbach/>

Fakten in Bildern





Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen